

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Georg Schmid, Reinhold Bocklet, Prof. Ursula Männle, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback, Jürgen W. Heike, Dr. Florian Herrmann, Erwin Huber, Konrad Kobler, Martin Neumeyer, Tobias Reiß, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Jakob Schwimmer, Bernhard Seidenath, Dr. Bernd Weiß, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

**Markus Rinderspacher, Harald Güller, Franz Schindler, Franz Maget, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Natasa Kohnen, Horst Arnold, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider, Reinhold Perlak, Susann Biedefeld, Christa Naaß, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Dr. Linus Förster und Fraktion (SPD),**

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Thomas Hacker, Karsten Klein, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde und Fraktion (FDP)**

Drs. 16/15140, 16/17148

### Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern

#### **Art. 1 Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“**

##### **§ 1**

Art. 3 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816, 817), wird wie folgt geändert:

1. Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
2. Es wird folgender Satz 2 angefügt:  
„<sup>2</sup>Er fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land.“

##### **§ 2**

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

#### **Art. 2 Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl“**

##### **§ 1**

Art. 121 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816, 817), wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:  
„<sup>2</sup>Staat und Gemeinden fördern den ehrenamtlichen Einsatz für das Gemeinwohl.“
2. Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

##### **§ 2**

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

#### **Art. 3 Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Angelegenheiten der Europäischen Union“**

##### **§ 1**

Art. 70 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816, 817), wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) <sup>1</sup>Über Angelegenheiten der Europäischen Union hat die Staatsregierung den Landtag zu unterrichten. <sup>2</sup>Ist das Recht der Gesetzgebung durch die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union betroffen, kann die Staatsregierung in ihren verfassungsmäßigen Aufgaben

durch Gesetz gebunden werden. <sup>3</sup>Ist das Recht der Gesetzgebung durch ein Vorhaben der Europäischen Union betroffen, hat die Staatsregierung bei ihren verfassungsmäßigen Aufgaben die Stellungnahmen des Landtags maßgeblich zu berücksichtigen. <sup>4</sup>Das Nähere regelt ein Gesetz.“

## § 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

### **Art. 4 Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Schuldenbremse“**

## § 1

Art. 82 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816, 817), erhält folgende Fassung:

### „Art. 82

(1) Der Haushalt ist grundsätzlich ohne Nettokreditaufnahme auszugleichen.

(2) <sup>1</sup>Bei einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung kann von Abs. 1 abgewichen werden. <sup>2</sup>In diesem Fall sind die Auswirkungen auf den Haushalt im Auf- und Schwung symmetrisch zu berücksichtigen.

(3) <sup>1</sup>Bei Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Not-situationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, kann von Abs. 1 abgewichen werden. <sup>2</sup>Hierfür ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen. <sup>3</sup>Die Kredite sind binnen eines angemessenen Zeitraums zurückzuführen.

(4) Die Aufnahme von Krediten sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Rechnungsjahren führen können, bedürfen einer der Höhe nach bestimmten oder bestimmmbaren Ermächtigung durch Gesetz.

(5) Das Nähere bestimmt ein Gesetz.“

## § 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

### **Art. 5 Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Angemessene Finanzausstattung der Gemeinden“**

## § 1

Art. 83 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816, 817), wird folgender Satz 3 angefügt:

„<sup>3</sup>Der Staat gewährleistet den Gemeinden im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung.“

## § 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

### **Art. 6**

## § 1

Das in Art. 1 enthaltene Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“, das in Art. 2 enthaltene Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl“, das in Art. 3 enthaltene Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Angelegenheiten der Europäischen Union“, das in Art. 4 enthaltene Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Schuldenbremse“ und das in Art. 5 enthaltene Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Angemessene Finanzausstattung der Gemeinden“ sind dem Volk getrennt zur Entscheidung vorzulegen.

## § 2

§ 1 tritt am 1. Juli 2013 in Kraft.

Die Präsidentin

I. V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident